

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit“, Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Öffentlich-rechtliche Nahrungsmittelversorgung im Kriege.

Der Kriegszustand, in dem wir uns nunmehr ein halbes Jahr befinden, hat eine Reihe tief in das gewohnte wirtschaftliche Leben und in Privatverhältnissen eingreifende Notwendigkeiten hinsichtlich der Vorräte herbeigeführt. Von vornherein stand außer Zweifel, daß die Einfuhr von Lebensmitteln, insbesondere von Brotgetreide, Mehl, Vieh und Fleisch, wenn nicht ganz unmöglich gemacht, so doch wenigstens außerordentlich erschwert und beeinträchtigt werden würde. Es lag daher nichts näher, als daß die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit sämtlichen Parteien gleich bei Beginn des Krieges eine öffentlich-rechtliche Regelung der Lebensmittelversorgung in Angriff nahm. Das war um so mehr geboten, als außer Frage stand, daß ein gewissenloses Prozentpatentium nicht ohne weiteres zu vermeiden wäre, die allgemeine Notlage durch wucherische Preissteigerungen auszunutzen. Wesentlich mit dieser Erwägung heraus, um solchen verbrecherischen Praktiken vorzubeugen oder ihnen nachdrücklich entgegenzutreten zu können, wurde das Reichsgesetz für die Höchstpreise vom 4. August 1914 geschaffen.

Dieses Gesetz aber erwies sich selbst bei energischer und konsequenter Anwendung als ein unzulängliches Mittel, zumal die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges nicht in Erfüllung ging. Immer schärfer trat die Tatsache in die Erscheinung, daß es im Plan des Reiches, vornehmlich Englands, liegt, unser Vaterland unter völlerrechtswidriger Vergewaltigung der neutralen Staaten einem Aushungerungsprozess zu unterwerfen. Es hofft, Deutschland werde bald von einem „unerträglichen Mangel an Nahrungsmitteln“ betroffen werden und werde dann leicht zu besiegen sein. Unter diesen Umständen war es ein Gebot der Notwendigkeit, auf alle Vorkautionen dahin einzurichten, daß sie ihren Konsum an Lebensmitteln vereinfachen und auf das allernotwendigste beschränken. Diese Einwirkung ist erfolgt durch eindringliche Mahnung der öffentlichen Gewalt und anderer Körperschaften sowie der Presse.

Seit dem Beginn des Krieges wirkt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit der General-Kommission der Gewerkschaften unangesehnt auf die Reichsregierung ein, damit außer den sozialen auch die erforderlichen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Kriegswirkungen ergriffen werden. Zu den von ihnen aufangs Januar vorigen Jahres gemachten Vorschlägen gehören auch die: Maßnahmen zur Regelung der Produktion und des Konsums von Lebensmitteln beziehungsweise der Versorgung mit solchen.

Diese Forderung begehrte zunächst mancherlei Widerpruch aus gewissen Interessentkreisen. Aber es konnte nicht zweifelhaft sein, daß ihre Erfüllung nur eine Frage nach kurzer Zeit sein werde. Unter dem 6. Januar erging die Bundesratsverordnung über die Verwertung und Verwendung der Getreidevorräte. Man hat das als die „Direktion“ der Getreidevorräte bezeichnet. Es wurde das schärfere Anmaßliche des Brotgetreides, bei Roggen bis zu 82 pZl. und bei Weizen bis zu 80 pZl., festgesetzt und das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot verboten. Dann beschloß sich der Bundesrat weiter mit einer andern für die Volksernährung höchst wichtigen Angelegenheit, nämlich der Frage, wie die Verteilung von Waren für die Zukunft vor sich gehen soll. Es erschien die Ackerer-Verordnung, die das Verbot der Nacharbeit in den Wärdereien anspricht und Bestimmungen trifft über die Herstellung von Waren aus Mischungen von Roggenmehl und Kartoffelzubereitungen sowie aus gewissen Teilen von Roggenmehl und Weizenmehl. Damit konnten aber die Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung noch nicht abgeschlossen sein.

Es mußte zunächst noch zu einer Maßnahme von äußerster Wichtigkeit geschritten werden. Am 25. Januar beschloß der Bundesrat Verfügungen über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl sowie über die Sicherstellung von Fleischvorräten. Danach ist am 1. Februar die Beschlagnahme der Vorräte von Weizen und Roggen sowie von Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenaehl eingetreten. Zur Durchführung der Beschlagnahme ist die Anzeigepflicht vorgehoben. Für die Regelung des Verkehrs wird eine Reichs-Vermittlungsstelle errichtet. Um die Beschlagnahme und die Feststellung der Vorräte in die Wege zu leiten, war die Abgabe von Weizenmehl, Roggenmehl, Hafermehl und Gerstenaehl in geschäftlichen Verkehr vom 26. bis 31. Januar verboten.

Nach der Bundesratsverordnung verbleiben im Privatbesitz außer kleineren Mengen unter einem Doppelzentner und außer Saatgut nur solche Vorräte, die in den landwirtschaftlichen Betrieben zur Ernährung der in

Am 6. Februar ist der fünfte Beitrag in diesem Jahre fällig. Arbeitslose Mitglieder, die vom Beitrage befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden. Meldezeit und -ort werden von den Zweigvereinsvorständen festgesetzt.

ihnen beschäftigten Personen erforderlich sind. Das gesamte Brotmehl wird auf die kommunalverwaltungen nach dem Verhältnis der Bevölkerung verteilt werden. Diese Verträge haben den Verkauf der ihnen überwiesenen Vorräte an ihre zu versorgenden Einwohner so zu regeln, daß jedermann eine entsprechende Menge von Brot und Mehl erwerben kann und daß andererseits die Vorräte bis zur nächsten Ernte im Hochmutter völlig ansprechen. Die Verfügungen über die Sicherstellung von Fleischvorräten werden den Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Verpflichtung auferlegt, zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen Vorrat von Dauerwaren zu schaffen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung kann den Gemeinden oder einem Dritten das Eigentum an Schweinen übertragen werden. Auch diese Verordnung ist sofort in Kraft getreten.

Die maßgebenden Stellen sind, wie unter anderem aus einer Kundgebung des preussischen Staatsministeriums hervorgeht, jetzt auch der durchaus begründeten Ueberzeugung, daß sich die bisherigen Maßnahmen nicht als ausreichend erweisen haben, einen sparsamen Verbrauch unserer zwar durchaus ausreichenden, aber doch immerhin beschränkten Brotgetreidevorräte zu gewährleisten. Insbesondere haben jene Maßnahmen nicht vermocht, eine Verschwendung des Brotgetreides wirksam zu verhindern. Das Staatsministerium bemerkt hierzu: „Zur Erreichung dieses Zieles bleiben nur zwei Wege: entweder eine ganz außerordentliche Erhöhung der Brotgetreidepreise, deren starker Druck den Verbrauch einschränkt und namentlich die Verschwendung, ausgeschlossen hätte, oder die Beschlagnahme aller Brotgetreidevorräte und ihre Verteilung auf die Kommunalverwaltungen nach dem Verhältnis der zu ernährenden Bevölkerung. Um dem deutschen Volke in der Kriegszeit eine weitgehende Versorgung des Brotes zu gewährleisten, haben die Bundesregierungen sich für den zweiten Weg entschieden.“

Wir teilen die Ueberzeugung der bundesstaatlichen Regierung, daß durch die getroffene Maßnahme der Plan unserer Feinde, Deutschland auszuhungern vereitelt wird. Bei konsequenter Durchführung gewährt sie uns eine ausreichende Brotversorgung bis zur neuen

Ernte und macht unser Land auch in diesem wirtschaftlichen Kampfe unbefleglich.

Damit ist das viel berufene freie Spiel der Kräfte auf dem Gebiete der Volksernährung ausgeschaltet. Unseres Erachtens hätte man gut getan, diesen Schritt sofort nach der Ernte zu unternehmen. Es würde sich in diesem Falle ein Notstand überhaupt nicht bemerkbar gemacht haben. Die große Lehre, die wir aus den Erfahrungen der letzten Monate zu ziehen haben, ist die: daß man es in außerordentlich kritischen Lagen, wenn die Volksernährung bedroht ist, nicht auf halbe Maßnahmen, wie die Festsetzung der Höchstpreise, ankommen lassen darf. Die letzten Verfügungen des Bundesrats werden unserer Erachtens noch weitere Folgen haben.

Wenn wir erleben, daß der eiserne Zwang der Not jetzt unter dem Anruf an den vaterländischen Geist gebührend rückwärts eingreift in wirtschaftliche Einrichtungen und Zustände, die solange als völlig unantastbar gegolten haben, daß dieser Zwang selbst nicht Halt machen kann vor den mit der Volksernährung verknüpften Interessen privaten Eigentums, so möchten wir hoffen, daß damit ein gut Teil der Grundzüge des bisherigen Wirtschaftssystems zu Grabe getragen wird. Wir werden der öffentlich-rechtlichen Regelung der Lebensmittelversorgung durch Reich, Land und Gemeinde auch in Zukunft nach erregtem Sieg nicht entzagen können. Und mehr als das: ein öffentlich-rechtliches Volkswirtschaftssystem, das mit allen Existenzbedingungen des Einzelnen und der Gesamtheit rechnet, wird sich herausgestalten müssen. Wir hoffen, daß das Prinzip der Verstaatlichung aller großen Produktions- und Verkehrswege siegstarke Kraft gewinnen wird; denn nur fortschreitende Verstaatlichung dieses Prinzips vermag unserm Vaterlande für die Zukunft das Maß von wirtschaftlicher Kraft zu verleihen, das erforderlich ist, um unter allen Umständen gegen äußere Feinde bestehen zu können.

Bemühungen um Geld zur Belegung des Baugewerbes.

Die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe hat am 20. Januar an den Präsidenten des Kaiserlichen Reichsversicherungsamts, Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Kaufmann, die nachfolgende Eingabe gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!
Am 23. Dezember vorigen Jahres hatten Sie die Güte, die Vertreter des unterzeichneten Zentralkomitees zu empfangen und deren Bericht über die Bildung und bisherige Tätigkeit der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe entgegenzunehmen. Diese Arbeitsgemeinschaft strebt danach, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges mit tüchtigster Beschleunigung für das dardiederliegende Baugewerbe Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Unter allen Berufsgruppen steht das Baugewerbe nach der Zahl seiner Berufsgenossen im Reich an erster Stelle; bleibt es zu einem großen Teile ohne Beschäftigung und ohne Verdienst, so bedeutet das nicht nur eine schwere Schädigung der Volksgesundheit, sondern auch aller Wirtschaftskräfte, die auf die Sicherung von Wohnung und Kleidung für einen nach vielen Millionen jähenden Teil der Bevölkerung angewiesen sind.

Wir haben uns zur Förderung unserer Bestrebungen an den Reichstag und Bundesrat sowie an die gefestigten Körperschaften und Ministerien der Bundesstaaten und an die Kaiserlichen Reichsämter mit der dringenden Bitte gewendet, beschließen zu wollen, daß die durch den Bauhaltungsplan schon genehmigten öffentlichen Bauten mit großer Beschleunigung ausgeführt und umgehend Mittel für weitere Bauten bereitgestellt werden. Wir haben Veranlassung, bestimmt annehmen zu können, daß dieser Bitte in vollster Weise Rechnung getragen wird und daß auch die von den Bezirks- und Ortsausschüssen unserer Arbeitsgemeinschaft an die Gemeindevorkaltungen gerichtete gleiche Bitte die gewünschte Beachtung findet.

In öffentlichen Bauten kann aber die große Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nicht allein beschäftigt werden

erd.
ngen
ußer
then
der
schen
ollege
von
ngen
der
hren.
weiter
Ullter
hab
funde-
torf,
von
unfer
schen
um
rich
hab
Ullter
war
ist
der
von
ot zu
lang-
ers-
Ullter
war
glied
ren an
Widen
der des
Ullter
und
blühlich
im
Januar
er an
An-
nton
ren an
Maure
Zahren
Gangem,
Reich
schden
riedr.
icht.
Stollege
riedr.
Althma.
maurer
ren an
Juni 1881
einer Ullter
Kollegen
weigverein
(M. 1,50)
100, Hof 1.
1. Februar,
Hafthaus.
Mittwoch,
Postamt 30
3. Februar,
Postamt 15
4. Februar,
10 Uhr, in
sonntag, de-
bet. Putzin-
en. Staffer
sonntag, de-
Hafthaus, 1
abgeschick-
bedens.
31. Januar,
D. Staffer-
bedens.
Hamburg



70-Millionen-Anleihe erging. Wir bitten daher, an geeigneter Stelle vorstellig zu werden und zu versuchen, die maßgebenden Personen zu überzeugen, daß nur oder zum größten Teil die

Wohlf niemand ist heute in der Lage, bestimmen zu können, in welcher Weise die private Bautätigkeit bei Beginn der diesjährigen Bauaufsätze einleiten wird. Sie dürfte aber aller Wahrscheinlichkeit nach in Pommern günstig laufen.

Bezirk Pommern.

Was Ergebnis unserer Umfrage zeigt, daß in wenigen Städten, namentlich durch die Militärbauten für Gefangene, die Bautätigkeit bereits im vorigen Jahre, in den meisten Städten dagegen erst im laufenden Jahre zu erwarten ist.

Bezirk Mecklenburg.

Was Ergebnis unserer Umfrage zeigt, daß in wenigen Städten, namentlich durch die Militärbauten für Gefangene, die Bautätigkeit bereits im vorigen Jahre, in den meisten Städten dagegen erst im laufenden Jahre zu erwarten ist.

Bezirk Hamburg.

Es ist zu erwarten, daß die private Bautätigkeit für das erste und zweite Halbjahr 1915 überaus lebhaft sein wird. Wenn es bereits vor dem Kriegesfall unmöglich war, zweite Hypotheken zu bekommen, so ist es noch dem Ausbruch des Krieges nicht einmal möglich, erste Hypotheken zu erhalten.

Wohlf, ihre flüssigen Mittel zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen, wird dem angestrebten Zwecke nur zu einem geringen Grade gedient werden können, da die liquiden Mittel dieser Anstalten nur gering sind.

Table with 5 columns: Ort, Anzahl der Bauarbeiten, Anzahl der Arbeiter, Anzahl der Pferde, Summe. Includes entries for Elmshorn, Altona, Hamburg, etc.

Bezirk Ostelb.-Vorpommern.

In verschiedenen Städten unseres Bezirkes, wie zum Beispiel Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald, etc., ist die Bautätigkeit im Vergleich zum vorigen Jahre lebhafter.

Bautätigkeit überhaupt nicht sprechen kann. Alles in allem zusammengestellt kann man sagen, in unfern Bezirk ist, nachdem die Kriegsbauarbeiten fertiggestellt sind, Arbeit für die Bauhandwerker nicht vorhanden.

Die Belebung der privaten Bautätigkeit ist nicht zu erwarten zu können, wenn nicht Gelder seitens des Staates, der Reichsversicherungsämter oder gemeinnütziger Geldinstitute zu mäßigen Zinssätzen in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Die Kriegsarbeitsgemeinschaft für Mecklenburg.

Wie überall im Reich die Verhältnisse annähernd gleich sind, so auch in Mecklenburg. Die Kriegsarbeitsgemeinschaft für Mecklenburg wurde im vorigen Jahre als Bezirks-Kriegsarbeitsgemeinschaft gebildet.

Im die als notwendig erkannten Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit im Bau- und Bauhandwerk in den einzelnen Orten besonders zu fördern, ist versucht worden, Ortsauslässe zu bilden. Solche sind bereits gebildet in Rostock, Wismar, Neubrandenburg, etc.

feindliche Stellung überließ, wird er von Gewehr- und Maschinengewehrfeuer bedrückt. Das scheint ihm nicht zu behagen. Schnell kehrt er um, wirft einige Angeln und schon schlagen fröhlich einige Wrasanen in die feindlichen Stellungen ein.

Freund Heinrich! Als ich ... verließ, glaubte ich und sagte auch zu Dir, bis Reichsingen werden wir wieder zurück sein.

Freund Heinrich! Als ich ... verließ, glaubte ich und sagte auch zu Dir, bis Reichsingen werden wir wieder zurück sein. Doch man hat sich getäuscht, und vorausichtlich ist an Beendigung des Krieges noch gar nicht zu denken.

lugen durch die Schießarten, vor uns die geliebten Gewehre, während, daß die Franzosen kamen. Doch sie laten uns den Gefallen nicht. Die heftige Schießerei soll durch das laute Sprechen und Singen unserer 4. Kompanie hervorgerufen worden sein.

Freund Heinrich! Als ich ... verließ, glaubte ich und sagte auch zu Dir, bis Reichsingen werden wir wieder zurück sein. Doch man hat sich getäuscht, und vorausichtlich ist an Beendigung des Krieges noch gar nicht zu denken.

mein Kochgeschirr los und sammelte Schnee, um ihn aufzutauen, damit ich mich wenigstens einmal waschen konnte. Seit dem 24. Oktober war es mir nicht möglich gewesen.

Meine Familie ... Durch eine früher gesandte Karte meldete ich, daß das große Paket angekommen ist. Im Paket fand ich alles, was der Soldat braucht, um Mensch zu bleiben.



ihn, alle wirtschaftlichen Bande, die er geknüpft hatte, ohne Rücksicht auf die Wirkungen zu lösen. Damit hätte der Kläger Anspruch auf Weiterzahlung des Gehalts für sechs Wochen. — Das Kaufmannsgericht Hannover hält die Einziehung zum Kriegsdienst für kein Unglück, sondern die Einberufung muß als Erfüllung einer staatsbürgerlichen Ehrenpflicht gemeldet werden. Dem Gesüßten habe unter diesen Umständen kein Gehaltsanspruch auf die Dauer von sechs Wochen zu. — Das Amtsgericht Essen wies die Klage eines Werkmannes, der zu den Feindern einberufen worden und auf Grund des § 133 c Absatz 2 der Gewerbeordnung auf Grund dieses Gesetzes forderte, ebenfalls ab, da ihm noch Gehalt für sechs Wochen bei der Einberufung zum Feind noch zufließen würde.

3. Bürgerliches Recht.

Zu Neujahr hat, wie dem Schreiber dieses bekannt geworden, eine Anzahl von Hausbesitzern den Frauen der Kriegsteilnehmer die Wohnung gekündigt. Wie der Obergerichtspräsident und vortragende Rat im preussischen Justizministerium, Dr. Güthe, im „Justiz-Ministerialblatt“ ausführte, würde nun, wenn in einem solchen Falle auch dem Mann als Kriegsteilnehmer die Wohnung ordnungsgemäß gekündigt werden, die Verurteilung der Frau zur Räumung der Wohnung nicht zu beanstanden sein. Sollte jedoch der Mann noch nicht beurlaubt sein, dann darf nach einer Verfügung des preussischen Justizministers vom 26. September 1914 die Verurteilung des Mannes durch den Gerichtsvollzieher nicht erfolgen. Der Mann ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Frau eines Kriegsteilnehmers, solange der Krieg dauert, nicht aus der Wohnung ausgesiedelt werden kann, ganz gleichgültig, ob der Hauswirt gekündigt hat oder nicht.

Die Arbeitslosigkeit im November.

Von 918 Zweigvereinen haben im November 733 über die Arbeitslosigkeit berichtet; leider 17 Zweigvereine weniger als im Oktober. Ausgeschieden sind die Vereine von mitteldeutschen Zweigvereinen und in der größten Zahl aus Zweigvereinen der Rheinlande. Von den erstgenannten gehörten Soltau, Burg b. W., Eberswalde, Glogau, Kreiswald, Guben, Zittau bisher zu den regelmäßig berichtenden, nun zu mehr ist ihr diesmalmaliges Fehlen zu beobachten. Marburg, Delmenhorst, Bitten berichteten überhaupt noch nicht, ebenso Remel, und Maß nur unregelmäßig. Bei diesen beiden Zweigvereinen erklären das die schwersten Überschußfälle. Darunter leiden die anderen genannten Vereine aber nicht. Hoffentlich treten sie, wie alle sonst noch fehlenden Vereine, mit dem neuen Jahre in die Reihe der regelmäßig berichtenden ein. Die berichtenden 733 Zweigvereine hatten 150 441 Mitglieder, davon meldeten sich 26 071 = 17,3 pZt. arbeitslos. Im Oktober waren es 18,3 pZt. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu den erfassten Mitgliedern ist also gegen den Vor-

monat etwas zurückgegangen. Zurückgegangen ist auch die durchschnittlich auf ein arbeitsloses Mitglied fallende Dauer der Arbeitslosigkeit, nämlich von 14,2 Tagen im Oktober auf 13,4 Tage im November. Dagegen war die am Schlusse des Monats verbliebene Arbeitslosigkeit größer als Ende Oktober; denn es blieben am letzten Werktag 14 269 = 9,5 pZt. der beteiligten Mitglieder arbeitslos, gegen 14 172 = 9,0 pZt. im Oktober. Die Arbeitslosigkeit war somit im Berichtsmonat, namentlich gegen Ende, etwas ungünstiger als im Vormonat. Die meisten Arbeitslosen gab es wieder in Bayern, 32,3 pZt. (im Oktober 30,1 pZt.). Nach der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen folgen Preussen mit 23,1 (15,1 pZt.), Königreich Sachsen mit 22,2 (22,9 pZt.), Schleswig-Holstein, Hamburg mit 21,2 (24,3 pZt.), Württemberg, Baden mit 19,1 (26,8 pZt.). In den übrigen Landesteilen erreichte die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen nicht den Reichsdurchschnitt. Es meldeten sich arbeitslos in Schlesien 17,1 (14,5 pZt.), in Sachsen, Thüringen 14,0 (15,9 pZt.), in Brandenburg 13,5 (15,1 pZt.), in Mecklenburg 13,3 (12,3 (11,9 pZt.), in Ost- und Westpreußen, Posen 11,5 (8,0 pZt.), in Hessen 13,7 (16,9 pZt.), in der Rheinprovinz 12,3 (11,9 pZt.), in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen 11,3 (13,5 pZt.), in Westfalen 7,7 (6,9 pZt.), in Elsaß-Lothringen 3,4 (23,2 pZt.). In den Landesteilen Ost- und Westpreußen, Posen, Preussen, Schlesien, Rheinprovinz, Westfalen, Mecklenburg und Bayern stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, in den übrigen Landesteilen nahm sie ab.

Im Monatsjährluch blieben von je hundert beteiligten Mitgliedern arbeitslos: in Bayern 21,7 (19,3), in Preussen 14,4 (7,6), im Königreich Sachsen 13,5 (11,6), in Württemberg, Baden 10,6 (13,6), in Schleswig-Holstein, Hamburg 10,2 (10,0), in Schlesien 9,7 (6,4); dann unter dem Reichsdurchschnitt stehend in Mecklenburg 8,6 (3,6), in Ost- und Westpreußen, Posen 7,9 (3,6), in Brandenburg 7,6 (6,6), in Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen 4,7 (4,6), in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen 4,2 (5,2), in Hessen 3,7 (3,6), in Westfalen 3,1 (2,9), in Elsaß-Lothringen 1,7 (12,6). Mit einzelnen Ausnahmen blieben in allen Landesteilen im November mehr Mitglieder arbeitslos als im Oktober. In Berlin feierten am letzten Tage des Monats 1331 = 15,6 pZt. von 8518 Mitgliedern. Dem Ergebnis der Hauptabteilung hinzugegerechnet ergibt das eine Arbeitslosenzahl am Monatsjährluch von 15 000 = 9,8 pZt. von 158 959 Mitgliedern. Mit Berlin steht der Reichsdurchschnitt der arbeitslos gebliebenen Mitglieder um 0,3 pZt. höher.

Im ganzen sind 349 522 Arbeitslosentage gezählt worden, auf ein arbeitsloses Mitglied entfielen durchschnittlich 13,4 Tage. In Bayern war die Dauer der Arbeitslosigkeit wie im Vormonat am längsten. Einen Arbeitslosen trafen dort durchschnittlich 17,8 (19,3) Tage. In den anderen Landesteilen entfiel sich die Dauer der

Arbeitslosigkeit nicht allzuweit von dem Reichsdurchschnitt. Auch nahm sie mit einigen Ausnahmen, wie Preussen, Brandenburg, Rheinland, Elsaß-Lothringen in allen Landesteilen ab.

Von den 26 071 arbeitslos gemeldeten Mitgliedern feierten im Berichtsmonat 7582 = 29,1 pZt. bis zu 6 Tagen, 6747 = 22,0 pZt. bis zu 12 Tagen, 2884 = 14,8 pZt. bis zu 18 Tagen, 3102 = 11,9 pZt. bis zu 24 Tagen und 5776 = 22,1 pZt. länger als 24 Tage. Bei 11 656 Mitgliedern = 44,7 pZt. der gemeldeten Arbeitslosen begann die Arbeitslosigkeit schon vor dem 1. November.

Table with 4 columns: Monat, Größte Mitglieder, Arbeitslos waren (im Monat, in Prozenten, am letzten Werktag, in Prozenten), Arbeitslosentage entfielen (auf ein Mitglied im Berichtsmonat, auf ein Mitglied im Vormonat). Rows for Jan., Febr., März, April, Mai, Juni, Juli, August, Sept., Okt., Nov.

Wie die Oktoberarbeitslosigkeit steht die Arbeitslosigkeit des November etwa zwischen der der Monate Februar und März. Des weiteren zeigt vorstehende Uebersicht auch, wie die Arbeitslosigkeit seit Oktober nach ihrer durchschnittlichen Dauer, wie auch nach der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen abgenommen hat, am Schlusse des Monats jedoch gestiegen ist. Auf 100 februarermäßige Arbeitslosentage entfielen im November 9,1 Arbeitslosentage. Auf die 25 Arbeitslosentage des November berechnet, ergibt das 2,5 Arbeitstage. Wäre es möglich, die Arbeitslosigkeit gleichmäßig auf alle von der Statistik erfasste Mitglieder zu verteilen, so hätte jedes arbeitslos 2,5 Tage 2,7 Tage gearbeitet.

Von den einzelnen Berufen hatten die Stufarbeiter mit 1296 Arbeitslosen = 23,8 pZt. von 4495 erfassten Mitgliedern die größte Arbeitslosigkeit. Es folgten die Pfeifenleger mit 238 Arbeitslosen = 21,8 pZt. von 1093 Mitgliedern; die Maurer mit 18 126 Arbeitslosen = 19,8 pZt. von 91 744 Mitgliedern; die Hilfsarbeiter mit 5998 Arbeitslosen = 13,2 pZt. von 44 768 Mitgliedern; die Erdarbeiter mit 299 Arbeitslosen = 6,0 pZt. von 5008 Mitgliedern; die Betonarbeiter mit 182 Arbeitslosen =

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat November 1914.

Table with 15 columns: Landesteile, Zahl der erfassten Mitglieder, Männer, Frauen, Kinder, Jugendliche, Arbeiter, Un- und Halbarbeiter, Hilfsarbeiter, Spitzler, Gewerbetätige, insgesamt, arbeitslos, Es sind arbeitslos, insgesamt, arbeitslos, Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos, Arbeitslosentage (gesamt, ununterbrochen, unterbrochen).

Table with 15 columns: Landesteile, Arbeitslosentage (gesamt, ununterbrochen, unterbrochen), Arbeitslos im letzten Werktag des Monats waren (gesamt, ununterbrochen, unterbrochen), Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos (gesamt, ununterbrochen, unterbrochen), Arbeitslosentage (gesamt, ununterbrochen, unterbrochen).

Vertical text on the left margin, possibly a page number or reference.

5,5 pSt. von 2752 Mitgliedern; die Arbeiter mit 24 Arbeitern sind 4,1 pSt. von 681 Mitgliedern. In Berlin meldeten sich in der ersten Woche des Monats 1486 Arbeiter, in der zweiten 1402, in der dritten 1554, in der vierten 1614; durchschnittlich 1539 Arbeiter = 18,1 pSt. der 8518 Mitglieder des Zweigvereins.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Das Ergebnis der Zählungen für die dritte Woche ist festgestellt am 18. Januar, konnte schon in der vorigen Nummer vollständig mitgeteilt werden. Die dort veröffentlichten Zahlen bedürfen nur einer formalen Berichtigung. In einer Stelle des Textes werden für den Bezirk Straßburg zwölf Zweigvereine angegeben, wovon sieben nicht berichtet hätten. Das ist falsch. Im weiteren Text ist dann auch richtig von acht Zehnergruppen und in der Tabelle von acht Zehnergruppen die Rede. — Die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit ist in der Tabelle von acht Zehnergruppen des Bezirks Straßburg, deren Berichte in der dritten Ausgabe dieses Heftes, nachdrücklich erklärt, die Berichterstattung richtig zu sein; das Bestehen der Berichte muß darauf auf ein Versehen der Post zurückgeführt werden.

Ergebnis der 4. Woche (25. Januar).

Über die Arbeitslosigkeit am 25. Januar liegen Berichte aus allen 21 Bezirken des Verbandes vor. In diesen Bezirken bestanden zur Zeit der Feststellungen 891 Zweigvereine, das sind drei Vereine weniger als in der vorausgegangenen Woche. Die ausgegliederten Vereine sind Weßlin (Bezirk Stettin), Trichsenreuth (Bezirk Nürnberg) und Wuhlig (Bezirk Straßburg). Von diesen 891 Vereinen haben diesmal 806 berichtet, das sind 94 mehr als in der vorigen Woche. Die Zahl der nichtberichtenden Zweigvereine beträgt im Bezirk Königsberg 10 (in der vorigen Woche 12), Bromberg 6 (11), Stettin 3 (5), Breslau 6 (7), Berlin 3 (10), Magdeburg 12 (20), Erfurt 1 (12), Hannover 8 (10), Bremen 7 (10), Hamburg 4 (6), Hofstadt 0 (2), Dresden 2 (1), Leipzig 6 (5), München 5 (4), Stuttgart 1 (0), Straßburg 6 (8). Aus den Bezirken Frankfurt, Köln, Dortmund, Nürnberg und Karlsruhe liegen aus diesmal die Berichte sämtlicher Vereine vor. Von den 85 nicht berichtenden Vereinen entfallen 16 auf die beiden Grenzgebiete Königsberg und Straßburg, bei den übrigen 69 Vereinen kann man das Ausbleiben der Berichte nur mit dem völligen Vergehen der Verwaltung erklären.

In den 806 berichtenden Zweigvereinen waren am Tage der Zählung 145 538 Mitglieder vorhanden. Davon waren arbeitslos 13 918 Maurer, 3508 Hilfsarbeiter, 251 Arbeiter der Holzgruppe, 1184 Arbeiter der Stützgruppe, 145 Pfeilerleger, 27 Isolierer, 278 Erdbauarbeiter, zusammen 19 309 Mitglieder, das sind 13,26 pSt. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit gegen die Vorwoche beträgt genau 1 pSt. In den einzelnen Bezirken waren von je hundert Mitgliedern arbeitslos: Bezirk Königsberg 13,0 (vorige Woche 14,1), Bromberg 25,2 (22,1), Stettin 22,8 (19,8), Breslau 19,1 (17,9), Berlin 11,8 (11,1), Magdeburg 16,2 (14,7), Erfurt 17,9 (13,3), Frankfurt 6,1 (5,0), Köln 3,0 (3,0), Dortmund 6,7 (6,5), Hannover 9,0 (11,6), Bremen 5,0 (4,8), Hamburg 9,6 (9,2), Hofstadt 15,2 (18,5), Dresden 17,8 (16,5), Leipzig 17,1 (14,5), Nürnberg 25,1 (28,9), München 27,7 (24,1), Stuttgart 19,3 (15,5), Karlsruhe 10,9 (8,7), Straßburg 8,0 (4,0).

Nur ganz wenige Bezirke (Königsberg, Magdeburg, Hannover, Hofstadt und Nürnberg) haben danach eine verhältnismäßig geringere Arbeitslosigkeit als in der Vorwoche, in allen übrigen ist der Grad der Arbeitslosigkeit gestiegen. Den Verhältnisszahlen entsprechen auch die Verhältnisse der Arbeitslosen, die in den genannten fünf Bezirken im insgesamt 524 gestiegen sind; außerdem hat noch der Bezirk Köln eine winzige Verringerung der Gesamtzahl, die aber in der Verhältnisszahl nicht zutage tritt. An Stelle des Bezirks Nürnberg ist nun der Bezirk München das Gebiet der größten Arbeitslosigkeit geworden; der beiden Arbeitslosen gegenüber trauen sich noch immer die Bezirke Köln, Bremen, Frankfurt, Magdeburg und Dortmund.

Das Gesamtbild ist zwar in Ansehung der Jahreszeit durchaus nicht ungünstig, wie befürchtet aber, daß es sich unter dem Einflusse des Winterwetters, das noch immer in den größten Teile Deutschlands herrscht, in den nächsten Wochen verschlechtern wird.

Bezirk	In den berichtenden Zweigvereinen		Arbeitslosen in bezug auf die Gesamtzahl der Mitglieder	Arbeitslosigkeit in Prozent
	Zahl der Zweigvereine	Darunter haben berichtet		
1. Königsberg	19	9	1784	—
2. Bromberg	59	52	3 486	—
3. Stettin	62	59	3 124	—
4. Breslau	60	54	8 000	—
5. Berlin	88	80	14 759	—
6. Magdeburg	96	84	9 511	—
7. Erfurt	46	45	5 781	—
8. Frankfurt	15	15	10 354	—
9. Köln	15	15	7 883	—
10. Dortmund	19	19	5 136	—
11. Hannover	47	39	6 171	—
12. Bremen	35	28	6 181	—
13. Hamburg	80	76	11 649	—
14. Hofstadt	65	65	2 602	—
15. Dresden	17	15	13 028	—
16. Leipzig	84	78	17 288	—
17. Nürnberg	26	26	5 064	—
18. München	41	36	5 042	—
19. Stuttgart	9	8	2 532	—
20. Karlsruhe	17	17	3 869	—
21. Straßburg	12	6	891	—
Zusammen	892	806	146 585	—

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungsstage arbeitslos:

Bezirk	Maurer	Hilfsarbeiter	Arbeiter Holzgruppe	Stützgruppe	Pfeiler	Isolierer	Erdbauarbeiter	Gesamt
1. Königsberg	218	13	—	1	—	—	—	232
2. Bromberg	503	119	—	4	—	—	—	626
3. Stettin	619	92	—	15	—	—	—	726
4. Breslau	1318	238	—	12	—	—	—	1568
5. Berlin	1080	187	—	38	—	—	—	1295
6. Magdeburg	479	100	—	5	—	—	—	584
7. Erfurt	898	137	—	6	—	—	—	1041
8. Frankfurt	394	113	—	29	—	—	—	536
9. Köln	75	51	—	11	—	—	—	137
10. Dortmund	254	78	—	2	—	—	—	334
11. Hannover	453	98	—	12	—	—	—	563
12. Bremen	218	84	—	4	—	—	—	306
13. Hamburg	880	92	—	35	—	—	—	1007
14. Hofstadt	468	78	—	3	—	—	—	549
15. Dresden	1727	682	—	14	—	—	—	2423
16. Leipzig	2260	598	—	15	—	—	—	2873
17. Nürnberg	760	112	—	163	—	—	—	935
18. München	627	413	—	80	—	—	—	1120
19. Stuttgart	235	35	—	8	—	—	—	278
20. Karlsruhe	419	82	—	14	—	—	—	515
21. Straßburg	28	23	—	20	—	—	—	71
Zusammen	13918	3508	251	1184	145	27	276	19309

Berichte.

Königsberg i. Schl. Mit den besten Hoffnungen wurden am 1. Juli die Zweigvereine Friedberg, Marckissa, Langensielow sowie die früher zum Zweigverein Gehlitz gehörenden Zählstelle Lauban zum Zweigverein Weßlin verknüpft. Diese Verknüpfung ging zwar um so notwendiger, da die genannten Orte eine vollständige Arbeitslosigkeit hatten. Der Zweigverein Weßlin hatte Mitglieder, die im Herzen der anderen Zweigvereinsgebiete wohnten, aber in Königsberg arbeiteten. Das dies zu Unzutunlichkeiten führte, ist zu begreifen. An die Migration wurde mit großer Gewalt die Mobilmachung, die die Organisationsverhältnisse in den meisten Orten löste. Die Zahl der Hilfsarbeiter wurden eingezogen. Kaum waren wieder welche gefunden, kam auch für sie der Befehl zum Einrücken. Die Zahl der Hilfsarbeiter wurde nun auf den niedrigsten Stand gebracht. In Marckissa, wo die größte Zahl der Arbeiter an einem Schloßbau (Zischow) beschäftigt war, war am 3. August alles arbeitslos. Der größte Teil der Arbeiter nahm Arbeit in Fabriken, am Aufsteigenden aber in der Landwirtschaft an. Mit den niedrigsten Löhnen (M 6 bis 7 die Woche) mußten sich die Arbeiter in der Landwirtschaft zufriedengeben. Das gleiche gilt zum Teil auch für die Arbeiter, die in der Textilindustrie beschäftigt waren. Das Verarmungsleben ist verhältnismäßig gut; aber an die regelmäßige Bezahlung der Arbeiter müssen sich die Arbeiter noch besser gewöhnen, wenn sie nicht wollen, daß unsere Arbeiter, die jetzt hier die Freiheit kampfen an den Landesgrenzen stehen, bei ihrer Rückkehr mit Fingern auf sie zeigen und sagen: Weßlin, dort stehen die Arbeiter in langer, guter Arbeit beschäftigt. Von den 861 Mitgliedern am Tage der Verknüpfung sind 155 zum Militär eingezogen, von denen leider schon 56 gefallen sind. Arbeitslos waren 78 Arbeiter mit 2312 Tagen. Die Beurlaubung war durchaus schlecht. Die Arbeiter sind in einigen Orten Schuppen gebaut worden, so waren in der Kriegszeit so gut wie gar keine Wälder gemacht worden. Eine Verbesserung trat in Lauban mit der Errichtung des Hülfsamtes ein, wovon noch heute gearbeitet wird.

Hofstadt a. d. W. (Zehnerbericht.) In der am 17. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde vom Hofstadter der Jahresbericht erstattet. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Mitglieder im verfloffenen Jahre unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. In den ersten Kriegsmontaten lag die private Wirtschaft fast ganz darnieder. Die Durchschnittslohn der Arbeitslosen überstieg in den Monaten August und September die Durchschnittslohn der Provinz Brandenburg und des Reiches. Während es im Monat August im Reich 29,9 pSt. arbeitslose Mitglieder gab, waren in unserem Zweigverein 32,5 pSt. arbeitslos. Erst als im Oktober die Bauern der Landesrentenanstalt und des gemeinnützigen Bauvereins in Angriff genommen wurden, ließ die Arbeitslosigkeit etwas nach. Im Frühjahr wird ein Teil dieser Arbeiter fertig, deshalb haben wir auch mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen. Von den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des Bauwesens wurde ein Organisationsrat der Arbeitsgemeinschaft gegründet und an die Bauern des Hofstadter im Eingangs der Arbeitslosigkeit überlegt, wie die Arbeitslosigkeit in Zukunft zu vermeiden ist. Diesem Rat wurden die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des Bauwesens beauftragt, die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des Bauwesens zu unterstützen. Die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des Bauwesens haben bei den Bauernarbeiten und in anderen Berufsbereichen gearbeitet. Im verfloffenen Jahre wurden die Zweigvereine Hofstadt, Langensielow und Friedberg mit Hofstadt verknüpft. Im Hofstadter waren vorher nur wenige Mitglieder, die ihren Berufsstellen nachsahen, doch trat eine neuwertige Zahl von Helfern in Hofstadt auf. Neben den niedrigen Löhnen, die in den genannten Orten gezahlt werden, ist es besonders die Not in der Kriegszeit, die den Arbeiter in Hofstadt eine Stütze sind. 145 Bauarbeiten hatten wir im verfloffenen Jahre zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Vierteljahres 600, zum Jahresende wurden 225 Arbeiter eingezogen. Am Jahresende waren 147 Arbeiter vorhanden, darunter 200 Maurer und 157 Hilfsarbeiter. Von den 200 Maurern sind 100 arbeitslos, 100 sind arbeitslos, davon sind 155 verbeiratet und 45 ledig. Die eingezogenen haben insgesamt 303 Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit waren im Berichtsjahre nur gering und nur begünstigt der Kriegslage. Sie wurden zugunsten unserer Mitglieder geschickt. Die Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens für die Hilfsarbeiter führten bisher zu keinem Ergebnis. Es sind 19 655 Zeitarbeiter bisher gekauft worden. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen M 16 676,31. Für den 3. August zählten wir M 8866,35 ausgegeben. Es sind 19 655 Zeitarbeiter bisher gekauft worden. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen M 16 676,31. Für den 3. August zählten wir M 8866,35 ausgegeben. Es sind 19 655 Zeitarbeiter bisher gekauft worden. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen M 16 676,31. Für den 3. August zählten wir M 8866,35 ausgegeben.

Arbeitslosigkeit waren im Berichtsjahre nur gering und nur begünstigt der Kriegslage. Sie wurden zugunsten unserer Mitglieder geschickt. Die Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens für die Hilfsarbeiter führten bisher zu keinem Ergebnis. Es sind 19 655 Zeitarbeiter bisher gekauft worden. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen M 16 676,31. Für den 3. August zählten wir M 8866,35 ausgegeben. Es sind 19 655 Zeitarbeiter bisher gekauft worden. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen M 16 676,31. Für den 3. August zählten wir M 8866,35 ausgegeben.

Donnerstag. (Zehnerbericht.) Die Hoffnungen, die wir im vorjährigen Bericht aus dem Jahre 1914 gehabt hatten, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Am 1. Juli waren die Arbeiter in der Provinz Brandenburg eingezogen. Die in den ländlichen Orten wohnenden Arbeiter müssen auf die Arbeitssuche in den Fabriken angewiesen werden. In der Provinz Brandenburg sind die Arbeiter in der Provinz Brandenburg eingezogen. Die in den ländlichen Orten wohnenden Arbeiter müssen auf die Arbeitssuche in den Fabriken angewiesen werden.

Die Hoffnungen, die wir im vorjährigen Bericht aus dem Jahre 1914 gehabt hatten, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Am 1. Juli waren die Arbeiter in der Provinz Brandenburg eingezogen. Die in den ländlichen Orten wohnenden Arbeiter müssen auf die Arbeitssuche in den Fabriken angewiesen werden. In der Provinz Brandenburg sind die Arbeiter in der Provinz Brandenburg eingezogen. Die in den ländlichen Orten wohnenden Arbeiter müssen auf die Arbeitssuche in den Fabriken angewiesen werden.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
 service g. gutt KG
 münster + essen + köln
 610-nah-straße 21
 postfach 4102 49
 4400 münster

